

Volksinitiative: Unsere Schulen



Weidenweg 37, 10249 Berlin
www.gemeingut.org

Wesentliche Punkte der Vorlage:

Schulen endlich sanieren: JA! Neue Schulen bauen: JA! Schulen in öffentlicher Hand: JA!
Übertragung von Schulimmobilien in das Privatrecht: NEIN! Gründung einer Schul-GmbH: NEIN!

Unsere Schulen müssen öffentlich bleiben! Keine Übertragung von Schulimmobilien in das Privatrecht! Wir fordern:

- Schulen öffentlich bauen, erhalten, betreiben und finanzieren **statt** Übertragung von Schulen in eine privatrechtliche GmbH
- Ausbau des Personals in den Schulen und Bauämtern in öffentlicher Hand **statt** Spardiktat und Abwerben von Fachkräften durch die GmbH
- Schulgrundstücke im Eigentum der Bezirke belassen, **statt** die Bezirke zu Mietern ihrer Schulen zu machen

Die Berliner Schulen müssen im öffentlichen Eigentum mit öffentlichen Geldern saniert und ausgebaut werden – das ist der schnellste Weg und auch das sicherste, günstigste und demokratischste Vorgehen.

Wichtiger Hinweis: Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die **am Tage der Unterschrift 16 Jahre alt** sind und an diesem Tag mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung in Berlin im Melderegister verzeichnet sind. Fehlende, unvollständige, fehlerhafte, unleserliche oder nicht handschriftliche Angaben können die Unterschrift ungültig machen. Ungültig sind auch Eintragungen, die Zusätze oder Vorbehalte enthalten, nicht fristgerecht erfolgen oder eingereicht werden oder mit Telefax oder elektronisch übermittelt werden. Diese Unterschriftenliste und die Eintragungen dürfen nur zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung durch das Bezirksamt verwendet werden.

Ich unterstütze die Volksinitiative: **(Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen)** ^{*)} Nicht von der Unterzeichnerin oder dem Unterzeichner auszufüllen

Nr.	Vorname	Name	Straße und Hausnr.	PLZ in Berlin	Geburtsdatum	Datum und Unterschrift	gültig*)	ungültig*)
1.								
2.								
3.								
4.								

Amtliche Bescheinigung: Bezirksamt _____ von Berlin – Bezirkswahlamt –

Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin Nr. _____ ist nicht unterschriftsberechtigt, weil _____

Begründung in Kurzform

Dienstsiegel

Im Auftrag _____

Unsere Forderungen
im Einzelnen:

Schulen endlich sanieren: JA! Neue Schulen bauen: JA! Schulen in öffentlicher Hand: JA!
Übertragung von Schulimmobilien in das Privatrecht: NEIN! Gründung einer Schul-GmbH: NEIN!

1. Schulsanierungen sofort starten **statt** jahrelangem Aufbau einer GmbH und zentraler Parallelstruktur
2. Schulbau öffentlich und ausreichend finanzieren **statt** teurer Kapitalmarktkredite im Rahmen einer GmbH, **statt** Mietzahlungen der Bezirke für die Schulen und **statt** Schulen als Kreditsicherheiten
3. Personal in der öffentlichen Hand ausbauen und besser entlohnen **statt** Abwerben von Fachkräften von der öffentlichen Hand in eine GmbH
4. Beteiligung von Schulleitungen, interessierten LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen und BürgerInnen am Entscheidungsprozess **statt** Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen bei einer GmbH
5. Schulen und Turnhallen als offene Orte in Berlin erhalten **statt** Sportvereine und NutzerInnen durch hohe Mietzahlungen auszugrenzen
6. Dezentrale Strukturen ausbauen **statt** Schulbau als Großprojekt à la BER
7. Schulgrundstücke im Eigentum der Bezirke belassen **statt** die Bezirke zu Mietern ihrer Schulen zu machen
8. Schulbau in eigener Regie und mit regionalem Handwerk und Gewerbe **statt** Großverträgen mit Baukonzernen, Kostenexplosion, Lohndumping
9. Erhalt und öffentliche Nutzung aller Schulgrundstücke und -gebäude **statt** Abriss und Verkauf von Schulgebäuden
10. Schule in öffentlicher und demokratischer Verwaltung **statt** Schule als Finanzprodukt mit Erbbauverträgen und anderen Finanzkonstrukten
11. Erhalt und Pflege des öffentlichen Grüns auf den Schulhöfen **statt** Baumfällungen zugunsten von Fremdbebauung
12. Rekommunalisierung von Schulreinigung und Schulessen **statt** Outsourcing mit der Folge von Schulschmutz, schlechtem Essen und Ekelskandalen

Der Berliner Senat plant eine sogenannte Schulbauoffensive. Was gut klingt, hat einen hochproblematischen Kern: Schulgrundstücke, Schulen und Bauaufträge im Volumen von mehreren Milliarden Euro sollen in eine öffentliche, aber privatrechtliche GmbH ausgelagert werden. Alle relevanten Verträge werden damit ebenfalls privatrechtlich. Auskunftsrechte der BürgerInnen müssen künftig hinter dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis zurückstehen. Selbst das öffentliche Vergaberecht gilt nicht mehr! Vor allem aber kann von der neuen Schul-GmbH aus weiter

privatisiert werden. Darüber entscheidet dann das GmbH-Management: Kreditaufnahmen am privaten Kapitalmarkt, Einbezug von PrivatinvestorInnen auf Projektebene, Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) – das alles wird möglich. Auch kann die neue Schul-GmbH selbst später verkauft werden, zum Beispiel von der nächsten Regierung.

Die Berliner Schulen sollen damit für PrivatinvestorInnen geöffnet werden, und zwar von einer Regierung aus SPD, Linken und Grünen. In der Opposition befürworten CDU und FDP das Vorhaben ebenfalls und feuern die Regierung an, noch schneller

und heftiger zu privatisieren. Im Ergebnis stellt in Berlin kein/e einzige/r Abgeordnete/r kritische Fragen - das Abgeordnetenhaus verzichtet sogar darauf, sich mit dem Vorhaben zu befassen! Man überlässt die Umsetzung der Privatisierung ganz den zuständigen SenatorInnen. Das dürfen wir nicht zulassen! Mit der Volksinitiative „Unsere Schulen“ greifen wir ein:

Die Berliner Schulen müssen im öffentlichen Eigentum mit öffentlichen Geldern saniert und ausgebaut werden – das ist der schnellste Weg und auch das sicherste, günstigste und demokratischste Vorgehen.

Die Volksinitiative benötigt Ihre Unterstützung! Spenden Sie an: GiB e.V. IBAN: DE 2043 0609 6711 2422 9100 BIC: GENODEM 1 GLS, Betreff „Unsere Schulen“